

Niederdeutsche Union

Manifest an die Wähler in Niedersachsen.

Niedersachsen ist als Grenzgebiet an der inneren Scheidelinie des zweigeteilten Deutschlands besonders gefährdet. Die Menschen zwischen Harz und Nordsee, zwischen Elbe und Ems sind in ihrer äußeren Sicherheit, ihrer inneren Freiheit, ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit, ihrer kulturellen Eigenständigkeit im höchsten Maße bedroht. Eine marxistische Landesregierung, die von einer parteigebundenen Bürokratie unterstützt wird, hat sich durch willkürliche Verwaltungsakte, unverantwortliche Experimente und selbstherrliche Machtgelüste das Vertrauen weitester Kreise des Volkes verscherzt. Mit Zustimmung der Kommunisten und des Zentrums hat die Sozialdemokratie ein Wahlgesetz durchgesetzt, das nur dem einen Zweck dienen soll, ihre Herrschaft in weiteren vier Jahren zu sichern. Niedersachsen soll nach dem Willen seiner sozialistischen Machthaber ein marxistisches „Musterland“ werden. Mit Besorgnis stellen verantwortungsbewußte Kreise in Niedersachsen fest, daß der demokratische Gedanke infolge dieser Zustände, insbesondere bei der mittleren und jüngeren Generation, immer mehr an Boden verliert. Die formale Verflachung der parlamentarischen Demokratie stößt zudem viele gutwillige Staatsbürger vom politischen Leben zurück. Ein Volk, das um sein nacktes Dasein ringt, hungert nicht nach überholten Parteiparolen, sondern nach Ordnung und Freiheit. Es will nicht Klassenkampf, sondern Zusammenarbeit, nicht unduldsames Parteigezänk, sondern die Verwirklichung eines sowohl kraftvollen als auch freiheitlichen Rechtsstaates. Die politischen Parteien müssen grundsätzlich umlernen, wenn sie ihren Anspruch auf Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes bewahren wollen. Es gilt, die Ideale der freiheitlichen Demokratie im Volksbewußtsein zu verankern, um zu verhindern, daß der Weg erneut in ein totalitäres Regime, gleich welcher Schattierung, hineinführt. Dies ist nur zu erreichen durch Anerkennung des Leistungsprinzips, Duldsamkeit im politischen, weltan-

schaulichen und konfessionellen Meinungskampf, Überwindung des bürokratischen Verwaltungs- und Massenstaates durch echte Selbstverwaltung und durch ein klares Bekenntnis zu den tragenden Kräften und Werten unserer vaterländischen Geschichte.

Um dieses Ziel zu verwirklichen, haben die Landesverbände der Deutschen Partei und der Christlich-Demokratischen Union beschlossen, zur Durchführung der politischen Wahlen und zur Bildung einer niedersächsischen Regierung eine neue Partei unter dem Namen

DP-CDU/Niederdeutsche Union

auf der Grundlage der folgenden Leitsätze zu bilden:

Wir bekennen uns zur deutschen Vergangenheit als einem verpflichtenden Erbe. Sie hat für uns viele Vorbilder, denen wir nachstreben, sie hat Schwächen, die wir vermeiden wollen. Wir wehren uns gegen jeden Versuch, unser Volk geschichtslos zu machen. Gebunden in dieser Tradition und zugleich aufgeschlossen für jeden sozialen Fortschritt wollen wir der Not der Zeit und dem vordringenden Nihilismus begegnen. Wir bekennen uns zum Christentum und zu den Grundsätzen christlicher Ethik. Daraus folgt die Anerkennung der Würde und Freiheit des Menschen und zugleich die Betonung eines echten Gleichklangs zwischen Freiheit und Ordnung.

Danach sind wir entschlossen, das Gemeinschaftsleben neu zu ordnen, eine niedersächsische Landespolitik zu betreiben und an der Gestaltung der deutschen Zukunft mitzuwirken.

Der Mensch

Wir bekennen uns zu dem Grundsatz persönlicher menschlicher Freiheit. Der Staat sei Diener des Menschen und nicht der Mensch Sklave des Staates. Die Freiheit des Menschen ruht in seiner sozialen Sicherung, die ihr Fundament nur im Privateigentum besitzen kann. Wir lehnen daher jeden Eingriff auf das Privateigentum als einen Versuch ab, den Menschen seiner Persönlichkeitswerte zu berauben und ihn zum Massenteil zu entwürdigen.

Die Familie als Kernzelle aller menschlichen Gemeinschaftsformen muß unter besonderem Schutz und unter besonderer Förderung des Staates stehen.

Für die Jugend fordern wir eine freie Entfaltung ihrer Begabungen und Fähigkeiten ohne Rücksicht auf das soziale Herkommen. Es sei unsere vornehmste Sorge, die Jugend in das politische Leben im Staate, in den Parteien und in die Selbstverwaltung hineinzuführen.

Wir verlangen unbedingte Sicherung der christlichen Schule, der schulischen Selbstverwaltung und damit des schulischen Mitwirkungsrechts der Eltern und lehnen das ständige Experimentieren und die weitere Aufspaltung des deutschen Schulwesens ab.

Wir treten ein für eine dem Wesen der Frau entsprechende Gleichberechtigung im Arbeitsrecht, Familienrecht und Steuerrecht.

Wir treten ein für ein kräftiges und gesundes Bauerntum, für die planmäßige Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, die Schaffung neuer lebensfähiger Siedlerstellen und den Schutz der kleinen Landwirte und der Landarbeiterschaft.

Unser Kampf gilt der Rettung der geistigen und freien Berufe und des Mittelstandes in Handwerk, Handel und Gewerbe.

Arbeiter, Angestellte und Unternehmer sind für uns keine Klassengegensätze, sondern Mitarbeiter am gleichen Werk. Wir lehnen daher jede klassenkämpferische Parole ab und verpflichten Unternehmer und Arbeiter zu einer sozialen Ordnung, die beiden einen gerechten Anteil am Sozialprodukt bietet. Wir wollen, daß gerade diese soziale Ordnung dem Arbeiter den Erwerb von Privateigentum ermöglicht.

Eine wahre Betriebs- und Leistungsgemeinschaft mit einem innerbetrieblichen Mitbestimmungsrecht kann nur aus der Verantwortung aller im Betriebe Tätigen entstehen. Sie darf nicht durch äußere Organisationseinflüsse behindert und zum Gegenstand politischen Machtkampfes erniedrigt werden.

Ein Mitbestimmungsrecht auf kollektiver Grundlage „hier Gewerkschaft — hier Arbeitgeberverband“ lehnen wir ab. Es widerspricht dem Gedanken des sozialen Friedens, den zu gewährleisten für uns politische und menschliche Verpflichtung ist.

Der Lastenausgleich muß in erster Linie dem Ziele dienen, den Vertriebenen wieder sichere Existenzen zu schaffen und ihnen damit neue Entfaltungsmöglichkeiten und Gelegenheiten zu geben, neues Privateigentum zu erwerben. Sozialisierung und Kollektiveigentum können niemals den berechtigten Ansprüchen der Vertriebenen, Evakuierten, Heimatlosen, Ausgebombten und Besitzlosen gerecht werden.

Das Land

Die Freiheit des Menschen wird nur in einem Rechtsstaat gesichert. Niedersachsen muß ein Rechtsstaat sein, in dem der Grundsatz gilt: Gleiches Recht für Alle.

Deshalb fordern wir eine durchgreifende Verwaltungsreform mit dem Ziel einer verstärkten Selbst-

verwaltung von den Gemeinden aufwärts, unter besonderer Berücksichtigung der landschaftlich gewachsenen Überlieferungen und Werte. Insbesondere treten wir ein für die Verwirklichung der Zusicherungen, die den früheren Ländern Braunschweig und Oldenburg auf Erhaltung und Förderung ihrer kulturellen Einrichtungen und heimatgebundenen Institutionen gegeben wurden und verlangen die verfassungsrechtliche Verankerung dieser Zusagen.

Wir fordern eine sparsame Verwaltung und eine Überprüfung der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst mit dem Ziel, berufsfremde Stelleninhaber, die ihrem Amte nicht gewachsen sind, durch bewährte Berufsbeamte und Fachkräfte zu ersetzen.

Jede parteipolitisch und ideologisch gebundene Kulturpolitik ist vom Übel. Wir fordern die Entpolitisierung des kulturellen Lebens. Die Wissenschaft und Forschung bedürfen der besonderen Hilfe des Landes. Sie sind Vorbedingung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und nationaler Geltung.

Eine zuverlässige und entpolitisierte Landespolizei soll der Sicherung des Staatsbürgers dienen und der Bevölkerung Freund und Helfer sein. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich: darum Schluß mit dem politischen Fragebogen und der Aufspaltung unseres Volkes in Staatsbürger verschiedener Klassen. Schluß mit den moralischen und rechtlichen Folgen der Entnazifizierung, die als Mittel des Klassenkampfes und als Werkzeug einer parteipolitisch gebundenen Personalpolitik mißbraucht worden ist.

Der Bund

Die niedersächsische Landespolitik bekommt ihren letzten Sinn im Dienst an dem gesamten deutschen Volke.

Niedersachsen hat daher treu zum Bund zu stehen und an dem großen Wiederaufbauwerk der Bundesrepublik loyal mitzuarbeiten.

Hierzu gehören insbesondere: Wohnungsbau, Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsverfassung, Kriegsopferversorgung, Sozialversicherung, Art. 131 GG, Lastenausgleich, Flüchtlingsbetreuung, Vertriebenenausgleich.

Die Not der Vertriebenen zu beheben, ist Verpflichtung der ganzen Nation. Diese für den inneren Frieden unseres Volkes entscheidende Aufgabe baldigst zu lösen, ist wesentlichste Pflicht des Bundes, wozu er auf die aktive Mitarbeit der Länder angewiesen ist. Die Vertreter des Landes Niedersachsen beim Bund werden entsprechende Anweisungen erhalten.

Wir wollen arbeiten für die Wiedervereinigung Deutschlands in Recht und Freiheit und wollen die Welt davon überzeugen, daß nur ein geeintes und gleichberechtigtes Deutschland seinen Beitrag zur Neuordnung Europas und zur Erhaltung des Friedens leisten kann.

Im März 1951.